

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 03.09.2018
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
 - 6.1. 3. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die kommunalen Kindertagesstätten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
 - 6.2. Zukünftige Ausgestaltung der Stelle des Kinderbeauftragten
Dez. I, Familienbeauftragte
 - 6.3. Kommunale Förderung des Psychosozialen Zentrums für Asylsuchende und MigrantInnen mit der Außenstelle MOLE 2019-2020
Dez. I, Integrationsbeauftragte
 - 6.4. Durchführung von Personalmaßnahmen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2019/2020
Dez. I, Amt 10
 - 6.5. Festlegung der Anzahl der Mitglieder des Wahlausschusses aus Anlass der Bürgerschaftswahl 2019
Dez. I, Amt 10
 - 6.6. Einführung und Begleitung der systematischen Umsetzung der Umstellung auf die Regelungen des § 2b UStG in der UHGW
Dez. I, Amt 20
 - 6.7. Neufassung der Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Amt 41
 - 6.8. Hafengebührensatzung 2019/ 2020/ 2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 66
 - 6.9. Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für das Produkt 36100 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege – Anteil der Wohnsitzgemeinde an den Platzkosten
Dez. I, Amt 41
 - 6.10. 19. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplans Nr. 13 – Am Elisenpark –)
Dez. II, Amt 60
 - 6.11. Bebauungsplan Nr. 115 - Am Aalbruch - der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
 - 6.12. Beschluss zum Ausbau des Knotenpunktes Ernst-Thälmann-Ring/Makarenkostraße sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung
Dez. II, Amt 60
 - 6.13. Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Herstellung notwendiger Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sowie über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder (Stellplatz- und Fahrradabstellplatzsatzung)
Dez. II, Amt 60

- 6.14. Gemeindliches Einvernehmen zum Neubau eines Wohn-und Geschäftshauses in der Langen Straße/Kapaunenstraße und An der Jakobikirche
Dez. II, Amt 60
- 6.15. Lebensqualität und Sauberkeit in den Quartieren – das Stadtbild pflegen II („Saubere Stadt“ II)
SPD-Fraktion
- 6.16. Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik
SPD-Fraktion
7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters
8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses
9. Mitteilungen der Präsidentin
10. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Oberbürgermeister

. gibt folgende Informationen:

- zu TOP 6.1, 6.3, 6.4 gebe es eine neue Version.
- zu TOP 6.8 gebe es einen zweiten Änderungsantrag.
- es gebe eine nachträgliche Vorlage von mehreren Fraktionen „Angebot zur Flüchtlingshilfe – Seenotrettung im Mittelmeer aufrechterhalten“.

. bittet um Begründung der Dringlichkeit für die nachträgliche Vorlage.

Frau Berger

. begründet die Dringlichkeit.

Der Oberbürgermeister lässt darüber abstimmen, ob die nachträgliche Vorlage in die Tagesordnung des Hauptausschusses aufgenommen werde:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	3	1

Die Beschlussvorlage wird unter TOP 6.17 eingeordnet.

Herr Multhauf

. geht auf die Beschlussvorlage „Bauvorhaben Schönwalde I: Umgestaltung des Knotenpunktes Lomonossowallee/Dubnaring/Einsteinstraße zur Kreisverkehrsanlage“ ein und fragt, weshalb diese im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung ende.

Der Oberbürgermeister

. weist auf den Unterschied zwischen der von Herrn Multhauf genannten Vorlage und der Beschlussvorlage „Beschluss zum Ausbau des Knotenpunktes Ernst-Thälmann-Ring/Makarenkostraße sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung“ hin: Bei der obengenannten Vorlage handele es sich um die Planung und bei der anderen um die Abschnittsbildung und Kostenspaltung. Die Vorstellung der Planung diene der Information. Die Abschnittsbildung und Kostenspaltung bedürfe jedoch eines Beschlusses der Bürgerschaft.

Frau Schinkel

. ergänzt, dass in der Ortsteilvertretung die Leistungsphase 3 – die Entwurfsplanung - vorgestellt worden sei. Diese werde nun an das zuständige Ministerium weitergeleitet bezüglich der Zuwendungsfähigkeit von Städtebaufördermitteln. Wenn die Zustimmung vorliege, werde der Vorgang weiter bearbeitet, die Bauleistung in der Planung ausgeschrieben und im nächsten Jahr mit dem Bau begonnen. In diesem Haushaltsjahr seien die Kosten für diese Maßnahme im Kernhaushalt enthalten. Im Städtebaulichen Sondervermögen sei die Maßnahme ebenfalls in diesem Jahr enthalten, jedoch auch im nächsten Jahr.

Herr Multhauf

. sagt, dass von der Ortsteilvertretung auch einige Hinweise gegeben worden seien und er nicht wisse, ob diese berücksichtigt werden.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass die Hinweise sicherlich aufgenommen worden seien und nun geprüft werde, ob sie umgesetzt werden könnten.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 03.09.2018

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Niederschrift abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

TOP 5. Beschlusskontrolle

Keine Anmerkungen

TOP 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 6.1. 3. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die kommunalen Kindertagesstätten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1539.1

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.2. Zukünftige Ausgestaltung der Stelle des Kinderbeauftragten

06/1565 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.3. Kommunale Förderung des Psychosozialen Zentrums für Asylsuchende und MigrantInnen mit der Außenstelle MOLE 2019-2020

06/1566.1

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	1	0

TOP 6.4. Durchführung von Personalmaßnahmen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2019/2020

06/1538.1

Herr Dr. Steffens

- . sagt, dass die CDU-Fraktion eine Kleine Anfrage zu Personalangelegenheiten gestellt habe. Bis zum 21.09.2018 sei eine Fristverlängerung angegeben worden.
- . möchte wissen, wann es hierzu eine Beantwortung geben werde.

Herr Maas

- . sagt eine Beantwortung bis zum 02.10.2018 zu.

Frau Demuth

- . erklärt, dass die Stelle des Leiters des Strandbades aus der Beschlussvorlage entfernt worden sei, da das Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern dies so empfohlen habe.

Der Oberbürgermeister

- . ergänzt, dass das Vorgehen an sich mit dem Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern abgestimmt worden sei.

Herr Multhauf

- . könne der Beschlussvorlage in der Form nicht zustimmen.
- . macht darauf aufmerksam, dass in der Sachdarstellung beim Z4LP (Zentrum für Life Science und Plasmatechnologie) von der Schaffung einer zusätzlichen unbefristeten Stelle die Rede sei. Jedoch sei diese bei der Schaffung neuer Stellen nicht aufgeführt worden. Die möglichen Kosten dafür seien ebenfalls nicht aufgeführt.
- . kündigt an, in der Bürgerschaft eine Einzelabstimmung über die Punkte zu beantragen.

Frau Demuth

- . erklärt, dass im Stellenplan eine Stelle enthalten sei, die mit einer sich zurzeit in Elternzeit befindenden Kollegin besetzt sei. Diese Stelle sei befristet ausgeschrieben worden; jedoch sei keine Bewerbung eingegangen. Da im nächsten Jahr einige Bauvorhaben dazukämen und eine zusätzliche Stelle benötigt werde, habe man sich dazu entschlossen, eine neue Stelle zu schaffen. Diese werde nun unbefristet ausgeschrieben und die Elternzeitvertretung werde freigelassen.
- . ergänzt, dass sich die Kosten hierbei auf die angegebenen 62 TEUR belaufen würden.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	3	0

TOP 6.5. Festlegung der Anzahl der Mitglieder des Wahlausschusses aus Anlass der Bürgerschaftswahl 2019

06/1540

Frau Demuth

. erinnert an die ausstehende Entscheidung zur Wahlbereichseinteilung. Die entsprechende Beschlussvorlage müsse vorbereitet werden, damit die Bürgerschaft im Dezember darüber beschließen könne.

Frau Socher

. antwortet, dass die Fraktionen aufgerufen worden seien, darüber zu beraten und ihren Vorschlag in der nächsten Sitzung des erweiterten Präsidiums am 19.10.2018 mitzuteilen. Das erweiterte Präsidium werde sich dann auf eine Anzahl festlegen.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.6. Einführung und Begleitung der systematischen Umsetzung der Umstellung auf die Regelungen des § 2b UStG in der UHGW

06/1573
HA-314/18

Herr Multhauf

. hinterfragt die Deckungsquelle „Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten“. Wie viel Geld sei hierin enthalten?

Herr Maas

. antwortet, dass es sich hierbei um Beraterkosten innerhalb der Verwaltung handele. Die 65 TEUR seien die zusätzlich benötigten finanziellen Mittel, um die Analyse und die Umsetzung des § 2b UStG durchführen zu können. In der Finanzierungstabelle befinde sich darunter die eigentliche Deckungsquelle: Zinsen für die Neuaufnahme von Krediten.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Hauptausschuss bestätigt die überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 65.000 EUR für die für die systematische Umsetzung der Umstellung auf die Regelungen des § 2b UStG in der UHGW.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

TOP 6.7. Neufassung der Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1520.1

Der Oberbürgermeister

. informiert, dass diesbezüglich ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vorliege.

Frau Felkl

. bringt die Beschlussvorlage ein.

. informiert, dass ein großer Teil des Änderungsantrages der CDU-Fraktion in den Fachausschüssen positiv aufgenommen worden sei.

Die Änderungen mit den geringeren haushaltlichen Auswirkungen seien in die Verwaltungsvorlage übernommen worden.

Es gebe nun noch drei Punkte des Änderungsantrages, die vom Verwaltungsvorschlag abweichen.

Der Oberbürgermeister

. erklärt, dass die überarbeitete Version der Beschlussvorlage zur Verfügung gestellt werde.

Die Bitte oder der Vorschlag an die CDU-Fraktion wäre nun, dass der Änderungsantrag so angepasst werde, dass nur noch die offenen Punkte aufgeführt werden.

Frau Berger

. kündigt an, dass von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 ebenfalls noch ein Änderungsantrag eingereicht werde. Der Sportbund habe diesbezüglich zum 08.10.2018 alle Fraktionen zu einem Gespräch eingeladen. Im Anschluss an dieses Gespräch würde dann der Änderungsantrag der Fraktion entstehen. Andere Fraktionen könnten sich diesem gern anschließen.

Der Oberbürgermeister

. bittet, die Änderungsanträge so zu formulieren, dass eine Einzelabstimmung der Punkte umsetzbar wäre.

Frau Socher

. fragt, ob es möglich sei, die Beschlussvorlage noch einen Sitzungszyklus zu verschieben, da es nun noch zu weiteren Änderungen kommen solle.

Herr Dr. Fassbinder

. stellt klar, dass grundsätzlich immer Änderungsanträge gestellt werden können. Ein frühzeitiges Einreichen wäre jedoch für alle Beteiligten hilfreich.

Die Verschiebung der Beschlussvorlage sollte möglichst vermieden werden.

. lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	2	0

TOP 6.8. Hafengebührensatzung 2019/ 2020/ 2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1522

Der Oberbürgermeister

. informiert, dass zu dieser Beschlussvorlage zwei Änderungsanträge vorlägen. Im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen sei der Eindruck entstanden, dass der Oberbürgermeister gegen eine mögliche Splittung der Satzung sei. Dieser Eindruck sei nicht richtig.

. hat eine Frage zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Der Beschlusstext beinhalte, dass die Gebührensätze von Vierow übernommen werden sollten. Die Frage sei, ob dies zu einem bestimmten Zeitpunkt geschehen solle oder die Gebühren bei Änderungen in Vierow jeweils in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald entsprechend angepasst werden sollten.

Herr Dr. Steffens

. erklärt, dass der Sinn dieser Regelung darin bestehe, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald ihre Gebührensätze dann jeweils entsprechend anpasse bzw. bei einer Erhöhung der Gebühren in Vierow eine individuelle Entscheidung für Greifswald treffe.

Der Oberbürgermeister

. weist darauf hin, dass die Gebühren während einer Satzungsperiode nicht beliebig angepasst werden könnten.

Herr Dr. Steffens

. könnte sich vorstellen, dass die Anpassung dann zum nächstmöglichen Zeitpunkt umgesetzt werden.

Herr Dr. Kerath

. sagt, dass noch Fragen aus dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen offen seien. Hierbei gehe es z. B. um die Abschreibungssätze für die Spundwände in der Anlage 1. Die Abschreibungszeit betrage laut des Bundesministeriums der Finanzen 20 Jahre. In dieser Beschlussvorlage würden 50 Jahre angesetzt. Der Grund dafür sei nicht bekannt. Diese veränderte Abschreibungszeit mache allein pro Jahr einen Fehlbetrag von über 42 TEUR aus. Im gesamten Kalkulationszeitraum seien es damit fast 128 TEUR.

Bei der nächsten Frage handele es sich um die erwirtschafteten Beträge des Hafens. In der Anlage 1.2 sei von einer Bruttoregisterzahl (BRZ) von 350.000 bis 450.000 die Rede.

. habe im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen darauf hingewiesen, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnung des Wasser- und Schifffahrtsamts (WSA) im Juni 2017 von substanziell geringeren Zahlen (ca. einem Drittel davon) ausgehe.

. fragt, warum diese hohen Zahlen anzusetzen seien.

Herr Lubs habe erklärt, dass es eine andere Wirtschaftlichkeitsberechnung gebe. Sei es möglich, diese zu erhalten?

Frau von Busse

. habe bereits angeboten, diesbezüglich ein Gespräch mit Herrn Dr. Kerath zu führen. Bei den Spundwänden handele es sich um die des Stadthafens. Bei einer Abschreibung von 20 Jahren hätte dies auch höhere Kosten im Stadthafen zufolge. Insofern habe man sich entschlossen, aufgrund der Erfahrungswerte mit den letzten Spundwänden, eine andere Abschreibungszeit anzusetzen. Die im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen geforderte dezidierte Begründung werde noch nachgereicht.

. hätte zur Wirtschaftlichkeitsberechnung bereits in der Sitzung der Bürgerschaft im Oktober 2017 mitgeteilt, dass es eine neue Berechnung des WSA gebe und mittlerweile gebe es eine noch aktuellere Berechnung.

. wisse nicht, ob diese Berechnung der Verwaltung selbst bereits vorliege.

. geht davon aus, dass Herr Dr. Kerath bei Antragstellung auf Akteneinsicht beim WSA Auskunft erhalten werde – wie bereits beim ersten Mal.

Herr von Malotki

. könne sich nicht vorstellen, dass die Stadtverwaltung nicht die aktuelle Version der Wirtschaftlichkeitsberechnung des WSA vorliegen habe.

. fragt, ob es richtig sei, dass diese Zahlen von der Hafen- und Lagergesellschaft (HLG) Greifswald zur Verfügung gestellt worden seien und auf einer zweiten Ausbaggerung beruhen würden.

Herr Lubs

. sagt, dass die Zahlen aus der Satzung darauf beruhen, dass die HLG davon ausgehe, dass man über kurz oder lang eine Wassertiefe von 6,90 m erreiche.

. halte in diesem Fall die Zahlen – auch im Hinblick auf die Ergebnisse der Vorjahre – für realistisch.

. bestätigt, dass die BRZ auf der zweiten Ausbaggerung beruhen.

Herr von Malotki

. fragt, wann die zweite Ausbaggerung stattfinden werde.

Herr Lubs

- . antwortet, dass er dies erst sagen könne, wenn es eine konkrete Aussage des WSA dazu gebe. Am 04.10.2018 werde der nächste Termin dazu stattfinden.
- . geht davon aus, dass die zweite Ausbaggerung möglicherweise noch in diesem Jahr erfolgen werde.

Frau von Busse

- . stellt klar, dass diese Entscheidung jedoch das WSA treffen werde.

Frau Socher

- . geht auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ein. Beim Anfahren des Vierower Hafens werde eine Kaikantengebühr fällig.
- . möchte wissen, ob die CDU-Fraktion dies in ihre Überlegungen einbezogen habe.

Herr Dr. Steffens

- . antwortet, dass es diesbezüglich noch Absprachen in der Fraktion geben müsse.

Herr von Malottki

- . fragt, ob es nicht unredlich sei, für die Gebührensätze anzunehmen, dass die Ausbaggerung 2019 erfolgt sei.

Frau von Busse

- . sagt, dass derzeit eine Schifffahrtstiefe von 4,20 m bestehe. Mit dieser Baggerung werde eine Tiefe von 5,70 m erreicht. Diese Schifffahrtstiefe hätte auch vorher jahrelang bestanden und in der Zeit hätte der Hafen ebenfalls entsprechende Umschlagszahlen gebracht.

Herr von Malottki

- . erwidert, dass Herr Lubs jedoch eben gesagt hätte, dass die Zahlen auf einer Tiefe von 6,90 m beruhen würden.

Herr Lubs

- . erinnert an den Beschluss der Bürgerschaft vom Oktober 2017. Dabei handele es sich um einen Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit dem WSA über eine Tiefe von 5,90 m und außerdem um einen Arbeitsauftrag an die Verwaltung Spülfeldkapazitäten für eine gemeinsame Unterbringung von Nassbaggergut aus der Fahrrinne und aus dem Hafenbecken bei einer Tiefe von 6,90 m zu schaffen. Die Stadt habe auf Grundlage dieses Beschlusses die Kapazitäten von 6,90 m in der Fahrrinne und im Hafenbecken geschaffen. Insofern würden sich für das WSA die Kosten in Bezug auf die Baggerung in der Fahrrinne verringern. Dazu müsse es aber eine Vereinbarung geben, über die die Bürgerschaft entscheiden müsse.

Herr Dr. Steffens

- . fragt Frau von Busse, ob es bereits einen Termin gebe, um mögliche Fragen klären zu können.

Frau von Busse

- . erklärt, dass sie zwei Termine angeboten hätte: Montag, den 08.10.2018, 18:00 Uhr und Donnerstag, den 11.10.2018, 17:00 Uhr. Wenn ein anderer Termin gewünscht werde, könne man sicher auch eine andere Lösung finden.

Herr Dr. Kerath

- . weist darauf hin, dass am 08.10.2018 das Treffen mit dem Stadtsportbund stattfinden werde und es dadurch zu terminlichen Kollisionen komme.

Aus mehreren Fraktionen kommt das Feedback, dass sich eine Terminfindung in den Ferien schwierig gestalten.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	4	1

Eine Terminabstimmung werde noch erfolgen.

TOP 6.9. Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für das Produkt 36100 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege – Anteil der Wohnsitzgemeinde an den Platzkosten
06/1560

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.10. 19. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
06/1559 (Bereich des Bebauungsplans Nr. 13 – Am Elisenpark –)

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

TOP 6.11. Bebauungsplan Nr. 115 - Am Aalbruch - der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
06/1556

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

TOP 6.12. Beschluss zum Ausbau des Knotenpunktes Ernst-Thälmann-Ring/Makarenkostraße sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung
06/1513

Herr von Malotki

- . habe im Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft gebeten, die rechtlichen Grundlagen zu ergänzen, weshalb dort kein separater Fahrradweg möglich sei.
- . bittet um eine Beantwortung bis zur Sitzung der Bürgerschaft am 22.10.2018.

Frau Berger

. kündigt an, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 zu dieser Beschlussvorlage noch einen Änderungsantrag einreichen werde.

Herr Rodatos

. geht ebenfalls auf die rechtlichen Vorschriften ein. Laut StVO sei vorgeschrieben, dass dort kein nutzungspflichtiger getrennter Radweg geschaffen werden könne. Andere Städte würden diese Problematik vor Schulen so regeln, dass es dort einen nicht getrennten Fahrradweg gebe, der nicht benutzungspflichtig sei.
. fragt, ob diese Option bereits schon einmal für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald geprüft worden sei.

Frau von Busse

. erklärt, dass die Beantwortung nachgereicht werden müsse.

Frau Socher

. fragt, ob bekannt sei, dass es bei der jetzigen Regelung gehäuft zu Verkehrsunfällen vor der Schule gekommen sei.

Frau Schinkel

. antwortet, dass der Grund dieser Maßnahme die Schulwegsicherung sei. Daher sei diese Thematik überhaupt erst in die Städtebauförderung aufgenommen worden.

Herr Kaiser

. bittet darum, Änderungsvorschläge für die Planung nicht mit diesem Beschluss zu vermischen.

Herr von Malottki

. fragt, ob er davon ausgehen könne, dass noch eine Beschlussvorlage zu dieser Planung in die Bürgerschaft eingereicht werde.

Frau von Busse

. sagt, dass, wenn dieser Beschluss gefasst werde, mit der Planung fortgefahren werde. Natürlich könne die Verwaltung noch einmal die Detailplanung vorstellen.

Herr Rodatos

. könne nicht nachvollziehen, welche Auswirkungen die Klassifizierung auf weitere Planungen haben werde.

Herr Kaiser

. antwortet, dass, falls es nicht zu einem Ausbau kommen sollte, dieser Beschluss auch nicht umgesetzt werde.

Herr Multhauf

. macht darauf aufmerksam, dass im Vorfeld nicht mit den Schulleitern gesprochen worden sei.
. fragt, wann die Bürgerschaft auf die Planung Einfluss nehmen könne.
. fordert ausdrücklich für diesen Knotenpunkt und den Knotenpunkt in Schönwalde I (Lomonossowallee/Dubnaring/Einsteinstraße) vor der Umsetzung einen Beschluss der Bürgerschaft.

Frau von Busse

. erklärt, dass es Einflussmöglichkeiten der Bürgerschaft bei gewissen gestalterischen Aspekten gebe. Technische Aspekte bzw. die Einhaltung von Vorgaben der StVO oder sonstiger Vorschriften seien Aufgabe der Verwaltung.

Herr Multhauf

. sagt, dass die Ortsteilvertretung um die Möglichkeit gebeten habe, ein Kunstwerk in den Knotenpunkt einzubauen – sowohl in Schönwalde II als auch in Schönwalde I.

Frau von Busse

. informiert, dass es diesbezüglich keinen Dissens gebe.

Frau Schinkel

. ergänzt, dass hier über die Leistungsphase 3 gesprochen werde.
. macht darauf aufmerksam, dass man sich derzeit noch am Anfang der Planung befinde. Die kleinen angesprochenen Details würden erst in der Zukunft weiter bearbeitet werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Multhauf**, wann die Planung der Bürgerschaft vorgelegt werde, antwortet **Frau Schinkel**, dass dies nicht mehr erfolgen werde. Man müsse dem Tiefbau- und Grünflächenamt zugestehen, dass es die Auslegungshinweise, die eingereicht werden, berücksichtige. Wenn es Informationen oder Wünsche von Seiten der Bürgerschaft gebe, würden diese eingearbeitet – soweit es möglich sei.

Herr Dr. Kerath

. macht ausdrücklich klar, dass der Wunsch bestehe, dass sich die Bürgerschaft mit den Planungen noch einmal befasse, bevor diese umgesetzt werden. Dies werde im Änderungsantrag der SPD-Fraktion festgehalten.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.13. Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Herstellung notwendiger Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sowie über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder (Stellplatz- und Fahrradabstellplatzsatzung)

06/1563

Herr Kaiser

. gibt den Hinweis, dass am 02.10.2018 ein Treffen mit Vertretern der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 stattfinden werde, um über den Änderungsantrag zu sprechen.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	5	0

TOP 6.14. Gemeindliches Einvernehmen zum Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses in der Langen Straße/Kapaunenstraße und An der Jakobikirche

06/1588
HA-315/18

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Hauptausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt,

1. das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) zum Bauantrag zur Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses in der Langen Straße/Kapaunenstraße und An der

Jakobikirche herzustellen,

2. *die Abweichungen von der Gestaltungssatzung Innenstadt in der Fassung der Bekanntmachung vom 04.03.2010 bezüglich der Fassadenrücksprünge, der Materialwahl und der Dachneigung entsprechend der Ausführungen in der Sachdarstellung werden befürwortet.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.15. Lebensqualität und Sauberkeit in den Quartieren – das Stadtbild pflegen II („Saubere Stadt“ II)

06/1549

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 6.16. Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik

06/1576

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 6.17. Angebot zur Flüchtlingshilfe – Seenotrettung im Mittelmeer aufrechterhalten

06/1595

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister

. informiert über den aktuellen Stand zur Poststelle im Möwencenter. Die Post habe eine Lösung gefunden: Mit Unterstützung von mehreren Seiten werde am 19.11.2018 im Möwencenter eine neue Agentur eröffnet.
. bedankt sich dafür bei allen Beteiligten.

Herr Multhauf

. fragt, weshalb die Eröffnung erst im November erfolgen werde.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass diese Auskunft nicht gegeben worden sei und er froh sei, dass dort überhaupt wieder eine Poststelle eröffnet werde.

TOP 8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses

Herr Multhauf

. fragt noch einmal nach einer Möglichkeit zur Übertragung der finanziellen Mittel des OTV-Budgets in das nächste Haushaltsjahr bezugnehmend auf die Antwort von Herrn Maas.

Herr Maas

. informiert, dass der Haushalt nach der derzeitigen Planung nicht ausgeglichen sei. Daher sei eine Übertragung in diesem Fall nicht möglich.
Dies bedeute jedoch nicht, dass der ausgeglichene Haushalt nicht durch die Haushaltsberatungen noch geschaffen werden könnte.

Herr Dr. Kerath

. sagt, dass der Vorsitzende des Kreisverbandes des Städte- und Gemeindetages, Herr Weigler, bei der letzten Sitzung des Kreistages gesagt hätte, dass es eine

Beschlussfassung gebe, dass der Städte- und Gemeindegtag sich für eine Absenkung der Kreisumlage erst in 2019 einsetzen werde.

. fragt, ob dies korrekt sei und wie der Oberbürgermeister dazu stehe.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass er auf der letzten Sitzung nicht anwesend gewesen sei und ihm daher der Beschluss nicht bekannt sei.

Frau von Busse

. berichtet, dass der Kreisverband des Städte- und Gemeindegtages im Vorfeld zu den letzten Haushaltsberatungen des Kreistages zur Höhe der Kreisumlage beraten und einen Beschluss gefasst habe. Dies müsse Ende 2017 erfolgt sein. Man habe sich mit der Frage auseinandergesetzt, wie die Beschlussfassung zur Kreisumlage stattfinden solle. 2018 sollten alle Gemeinden noch einmal bezüglich ihrer Entwicklung betrachtet werden (in Form einer Gemeindefinanzanalyse). Dann solle geprüft werden, wo müsse und wie könne nachgesteuert werden.

Frau Socher

. ergänzt, dass Herr Wille am Ende der Sitzung den Zeitplan kurz umrissen habe. Ende Oktober solle die Auswertung der Gemeindefinanzanalyse vorliegen. Danach werde in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses des Kreistages ein Vorschlag unterbreitet, in welchen Größenordnungen die Kreisumlage für 2019 gesenkt werde.

Herr von Malotki

. bittet darum, den Beschluss zu erhalten.

. fasst zusammen, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald eine relativ hohe Summe für die Kreisumlage zahle. Ein Grund dafür seien angeblich gestiegene Einnahmen. Es sei kurz thematisiert worden, dass aber auch ein anderer Hauptgrund bestehe – nämlich die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (FAG M-V).

. bittet um eine kurze Darstellung.

Herr Maas

. bestätigt, dass diese Thematik FAG M-V 2018 verankert worden sei. Es gebe eine Absenkung im übertragenen Wirkungskreis. Ebenfalls sei der Familienlastenausgleich angepasst worden, sodass auch hier eine Einbuße von mehreren 100 TEUR entstehe. Beim übertragenen Wirkungskreis seien verschiedene Regelungen zu Ungunsten der Gemeinden getroffen worden, da bestimmte Tätigkeiten angeblich nicht in der Form als Aufgabe durch die Gemeinde erfüllt werden.

Herr von Malotki

. bittet um Darstellung inwiefern das FAG M-V die Grundlagen, die zur Berechnung der Kreisumlage herangezogen werden, geändert habe. Seines Wissens sei die Anrechnung der Umlagegrundlage von 86 auf 91 Prozent angehoben worden.

. möchte wissen, ob dies quantifizierbar sei.

Herr Maas

. bestätigt dies. Die konkrete Berechnung könne er gern nachreichen.

Herr von Malotki

. kritisiert, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald mehr finanzielle Mittel für die Kreisumlage aufbringen müsse, obwohl sie nicht mehr Einnahmen erziele.

Herr Maas

. erklärt, dass dies durch mehrere verschiedene Punkte beeinflusst werde.

Der Oberbürgermeister

. ergänzt, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald höhere Einnahmen habe, aber sich auch gleichzeitig die Berechnungsgrundlagen zu Ungunsten der Stadt verändert hätten.

Herr Multhauf

. fragt, weshalb er Band II des Haushaltes noch nicht habe.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass dieser noch nicht erstellt worden sei. Band III und den Vorbericht gebe es ebenfalls noch nicht.

TOP 9. Mitteilungen der Präsidentin

Frau Socher

. bittet die Fraktionen,

- sich über die Anzahl der Wahlbereiche Gedanken zu machen und diese bis zur nächsten Sitzung des erweiterten Präsidiums zu benennen.
- um Rückmeldung bis zur nächsten Sitzung des erweiterten Präsidiums, ob sie mit dem vorgeschlagenen Termin der konstituierenden Sitzung der Bürgerschaft 2019 einverstanden seien.

TOP 10. Schluss der Sitzung

Der Oberbürgermeister beendet den öffentlichen Teil der Sitzung des Hauptausschusses um 19:12 Uhr.

für das Protokoll

Dr. Stefan Fassbinder
Oberbürgermeister

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst Hauptausschuss